

# Stasiüberprüfung bis ins Jahr 2019?

**Hier können Sie uns Ihre Meinung kundtun: In der „Umfrage der Woche“ unter [www.ALLES-LAUSITZ.de](http://www.ALLES-LAUSITZ.de) wollen wir wissen, wie Sie über aktuelle Themen denken.**

In der vergangenen Woche wollten wir von Ihnen wissen, was Sie dazu sagen, dass es noch immer keine Einigung bei der Hartz IV-Reform gibt? Insgesamt teilten uns 110 User ihre Meinung mit. 61 Prozent davon meinten: „Das kann nicht sein wegen den paar Euros mehr.“ 30 Prozent favorisierten die Antwort: „Die Politiker müssen die Ausgaben dafür genau prüfen.“ 9 Prozent sagten: „Dazu habe ich keine Meinung.“

In der aktuellen Umfrage möchten wir, liebe Leserinnen und Leser, was Sie davon halten, dass die Überprüfung der Stasi-Zugehörigkeit bis

2019 verlängert werden soll? Sagen Sie: „Das kann nicht sein. Irgendwann muss dieses Kapitel einmal abgeschlossen werden.“ Meinen Sie vielleicht: „Richtig so. Die Stasi-Zugehörigkeit muss lückenlos aufgearbeitet werden.“ Oder antworten Sie: „Dazu habe ich keine Meinung.“ Wie dem auch sei – Mit einem Klick können Sie uns Ihre Meinung kundtun. In der Frage der Woche auf [www.ALLES-LAUSITZ.de](http://www.ALLES-LAUSITZ.de) Schreiben Sie uns auch ins Forum, was Sie zu sagen haben!

**Ein Klick ist Ihnen nicht genug? Sie haben mehr zu sagen? Dann senden Sie uns Ihre Leserpost an die E-Mail-Adresse: [Redaktion@LN-Verlag.de](mailto:Redaktion@LN-Verlag.de) oder per Post an den „Oberlausitzer Kurier/Niederschlesischer Kurier“, Karl-Marx-Straße 4, in 02625 Bautzen.**

Leserpost

# „Die Regelsätze nicht erhöhen“

**Zu unserer Umfrage in der Ausgabe vom 12. Februar „Noch keine Einigung bei Hartz IV-Reform“ erreichte unsere Redaktion folgender Leserbrief von Dieter Volk.**

„Bei diesem Thema stehe ich voll auf der Seite der Regierung. Ich freue mich, dass sie dem Druck der Opposition bisher nicht nachgegeben hat. Man kann die Regelsätze für Hartz IV nicht erhöhen. Das wäre noch ungerechter gegenüber denen, die arbeiten gehen oder denen, die über 40 Jahre zur Arbeit gegangen sind. Es ist doch sehr beruhigend, wenn man am ersten Tag des Monats weiß, meine Miete wird vom Amt bezahlt und die Heizkosten gleich dazu. Über diese hohen Kosten aus der Staatskasse wird überhaupt nicht bei den Verhandlungen gesprochen. Man liest nur, die Landkreise und die Kommunen pfeifen aus dem letzten Loch. Es ist für mich doch klar, die Einnahmen werden immer geringer und die Ausgaben steigen jährlich. Aber es gibt doch immer noch den Grundsatz ‚Man kann nur das ausgeben, was man erarbeitet hat.‘ Ich frage mich ganz besorgt, wie das weitergehen soll?

Viele Hartz IV-Empfänger aller Altersgruppen haben sich mit diesem Leben ohne Arbeit eingerichtet. Andererseits sind die Anstrengungen der Jobcenter viel zu gering, diese Menschen zu fordern und in Tätigkeiten zu bringen. Es gibt keine Arbeit – das zählt für mich nicht. Es gibt zuwenig Aktivitäten, in Arbeit zu kommen. Was ich überhaupt nicht mehr verstehe, ist die monatliche Feststellung, dass die Arbeitslosenzahl auf fast drei Millionen zurückgegangen ist. Aber es wird davon gesprochen, dass die Zahl der Langzeitarbeitslosen steigt. Man spricht offiziell von 4,7 Millionen und auch mehr. Ich sehe darin einen Widerspruch. Alle Aktivitäten zur Unterstützung von Kindern unterstütze ich. Sie sollen gleichberechtigt in unserem Staat aufwachsen.“

**Die in Leserbriefen geäußerten Meinungen stimmen nicht unbedingt mit der Haltung der Redaktion überein. Leserbriefe können sinnwährend gekürzt werden. Leserpost schicken Sie an folgende Adresse: [steffen.linke@LN-Verlag.de](mailto:steffen.linke@LN-Verlag.de) oder per Post an den Oberlausitzer Kurier, Neustadt 16, in 02763 Zittau.**